



2021/18 Thema

<https://www.jungle.world/artikel/2021/18/eine-grosse-pause-ist-kein-streik>

Die Klassengesellschaft in der Pandemie und die Probleme der Linken

Eine große Pause ist kein Streik

Von **Felix Klopotek**

In der Coronakrise wird der Klassencharakter der deutschen Gesellschaft offensichtlich. Die Linke wirkt hilflos und passiv.

Als am Montag voriger Woche die aktuelle Siebentageinzidenz der Kölner Stadtteile veröffentlicht wurde, war die Tendenz überdeutlich: Die infrastrukturell abgehängten sowie viele proletarische und migrantische Stadtteile wiesen grotesk höhere Zahlen als wohlhabende Viertel auf.

Warum wirkt die gesellschaftliche Linke angesichts der offensichtlichen und immer weniger tragbaren sozialen Ungleichheit beim Infektionsrisiko so hilflos und passiv?

Das bestätigte ein weiteres Mal das Ergebnis einer wissenschaftlichen Arbeit, die auch überregional Aufsehen erregt hat. »Der Corona-Gürtel legt sich quer über Köln«, hatte bereits einen Monat zuvor die *Süddeutsche Zeitung* über eine Studie des Gesundheitsamts der Stadt Köln und des Fraunhofer-Instituts berichtet, die die innerstädtischen Verbreitungswege des Virus kartographiert. »Von Chorweiler, der Hochhaussiedlung im Nordwesten, zieht sich auf der Karte des Fraunhofer-Instituts ein blaues Band bis in den Südosten der Millionenstadt. Es sind vor allem die alten Industrie- und Arbeiterviertel am rechten Rheinufer, deren tiefes Blau auf der Graphik der Wissenschaftler signalisiert: Hier, wo in Mülheim, Kalk oder Porz mehr Arbeitslose, mehr Wohngeldempfänger und mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu Hause sind, erkrankten die Bürger am häufigsten an Covid-19.«

In Köln leben knapp 1,1 Millionen Menschen. Es gibt 565 000 Haushalte, die Hälfte davon sind Einpersonenhaushalte; für die übrigen 820 000 Menschen bleiben also 285 000 Haushalte. Es ist seit Jahren bekannt, dass insbesondere in den proletarischen und subproletarischen Vierteln der Stadt Wohnraum überbelegt ist.

Dass es einen Zusammenhang zwischen dem persönlichen Infektionsrisiko und der Position in der Klassengesellschaft gibt, ist in Köln – wie in jeder deutschen Großstadt –

augenfällig: Wo die Menschen gedrängt zusammenwohnen, wo sie belastenden Berufen nachgehen, in denen sie gesundheitlich zu wenig geschützt sind, grassiert das Virus besonders stark. »Beachten Sie den Unterschied in der Inzidenz zwischen den beiden sozialen Brennpunkten Hahnwald (Villenviertel, 0,0) und Chorweiler (Hochhaussiedlung, 520,1). In wessen Interesse ist es, jetzt über ›Lockerungen‹ nachzudenken?« ätzte der Komiker Jan Böhmermann vorige Woche auf Twitter.

Eine Handreichung für den Klassenkampf, möchte man meinen. Warum wirkt die gesellschaftliche Linke angesichts der offensichtlichen und immer weniger tragbaren sozialen Ungleichheit beim Infektionsrisiko so hilflos und passiv?

Es könnte mit einem möglichen weiteren Grund für die hohen Inzidenzwerte in proletarischen Vierteln zusammenhängen: Was ist, wenn die Menschen dort eine Infektion mit dem Virus eher in Kauf nehmen als in den Wohngegenden der zum Teil panisch verängstigten Mittelschicht? Wenn ihnen das großfamiliäre Leben wichtiger ist als der Schutz vor der Pandemie? Wenn sie Kontaktbeschränkungen und Isolationsgebote bewusst nicht so ernst nehmen und sich sagen: »Wir haben eh ein hartes Leben, wenn wir es jetzt noch in Quarantäne verbringen, werden wir vielleicht gesund bleiben, aber dabei noch ärmer werden.«

Ungeheuerliche Unterstellungen! Aber genauso ungeheuerlich ist es, dass Arme und Proletarisierte in linken Diskussionen derzeit fast nur als Opfer der Pandemie auftauchen und kaum einer auf die Idee kommt, ihnen Eigensinn zuzugestehen – als wäre der Antipaternalismus, den einst der Arzt und Historiker Karl Heinz Roth, der Rechtsanwalt und Autor Detlef Hartmann, die *Wildcat*-Redaktion oder auch die Gruppe Kanak Attack mühselig etabliert haben, in der radikalen Linken schon wieder passé.

Anzeichen dafür, dass vielen Proleten ein Leben, das von Angst vor Tod und Krankheit bestimmt ist, nicht so lebenswert erscheint wie ein Leben, das riskanter, aber eben auch angstfreier ist, gab es im vergangenen Jahr immer wieder: Umfragen in Frankreich, wonach der Anteil der Lockdown- und Isolationsbefürworter unter Menschen mit geringem Einkommen signifikant niedriger ist; Jugend- und Vorstadtrandale in Frankreich, Brüssel, Stuttgart und jüngst in Spanien. Das sind heterogene Phänomene, aber ihnen ist gemeinsam, dass viele Menschen im Aufstand oder, nüchterner, in der Verweigerung von Gesetzeskonformität, mehr Sinn sehen als darin, dem herrschenden Hygienediskurs zu folgen.

Beharrt die Linke darauf, Arme und Proletarisierte zu Opfern der Pandemie zu erklären, nimmt sie – im besten Fall unfreiwillig, aber in vielen Fällen eben auch bewusst – den Standpunkt des Staates ein. Damit gibt sie ihre Eigenständigkeit auf. Aus Staatsperspektive sind die Leute »unten« Betreuungsobjekte, denen geholfen werden muss, und das heißt immer auch: Sie müssen in Schach gehalten werden; Fürsorge und Repression sind verschränkt.

Würde die Linke jetzt zum Klassenkampf anstacheln – und das wäre natürlich auch ein Kampf gegen die Gefährdung der Gesundheit durch die unzureichende Eindämmung der Pandemie auf der Arbeit –, dann würde sie die Menschen zu Aktionen ermuntern, die weitgehend moralisch geächtet sind. Denn vor jedem wirkliche sozialen Wandel steht die

Masseninitiative. Daher rührt die Hemmung der überwiegenden Mehrzahl der Linken, in der Coronakrise zu Massenaktionen aufzurufen – sie hat sich auf die Seite der herrschenden Rationalität gestellt und fürchtet das Stigma.

Das beste Beispiel dafür ist die Kampagne, die der Linken einen Handlungsspielraum eröffnen sollte: Zero Covid. Es klingt zunächst nach Klassenkampf, wenn die Initiatoren fordern: »Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden.«

Nur – welches gesellschaftliche Subjekt könnte das durchsetzen? Sagen wir der Einfachheit halber: *the people*. Aber wie sollten die Leute das tun? Durch die Bekundung: »Wir wollen nicht mehr arbeiten, denn die Arbeit macht uns krank.« Das Mittel, dieser Botschaft Gehör zu verschaffen, ist der Streik. Ein Streik, bei dem die Menschen einfach zu Hause bleiben, ist kaum vorstellbar. Wenn gestreikt wird, sind sie in der Regel auf der Straße. Sie halten Kundgebungen ab, sie demonstrieren, nehmen sich den öffentlichen Raum – sie verlassen die verborgenen Stätten der Produktion, weil jetzt der Moment ist, öffentlich aufzutreten und die eigene Macht zu artikulieren. Mehr noch: Sie werden die Fabriken und Lager entweder abriegeln oder besetzen müssen, allein schon damit keine Streikbrecher eingeschleust werden können. Sie brauchen die Kontrolle über die Produktionsmittel, damit von den Arbeitsstätten nichts entwendet, dort nichts manipuliert werden kann.

Bei einem Streik kommen die Leute zusammen, auf eine Demonstration geht man gemeinsam. Man steht eng an eng, weil man in der Konfrontation mit der Polizei bestehen muss. Jetzt, in der Pandemie, trügen die Leute dabei wohl Masken, aber Abstand hielten sie eher nicht, und sie lägen sich wohl in den Armen, wenn das Einschleusen von Streikbrechern verhindert worden wäre. Leicht auszurechnen, dass solche Kämpfe als »Superspreader-Events« von »Pandemietreibern« denunziert würden.

Das ist der Mittel-Ziel-Konflikt der Kampagne Zero Covid: Wer die Wirtschaft stilllegen will, muss wollen, was nicht nur die Polizei, sondern auch der Großteil der liberalen Öffentlichkeit verhindern will – Zusammenrottungen, Belagerungen, Menschenketten, Sitzblockaden. Der Sprung, zu dem die Kampagne ansetzt, wird verstolpert: »Mit diesem Aufruf fordern wir auch die Gewerkschaften auf, sich entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigten einzusetzen, den Einsatz von Beschäftigten für ihre Gesundheit zu unterstützen und die erforderliche große und gemeinsame Pause zu organisieren.« Ausgerechnet die Agenturen der sogenannten Sozialpartnerschaft und des Standortnationalismus werden hier angesprochen. Sie werden keine Maßnahmen unterstützen, die der großen Industrie ernsthaft schaden, gefährdeten sie dadurch doch ihre Existenzgrundlage.

Revolution – oder nichts: Wäre dieses maximalistische Programm die Alternative? Zumindest keine realistische, die Selbstverzweigung der Linken hat allerdings ihren Anteil daran. Der erste Schritt wäre, sich wieder mit dem Pragmatismus und der Vorstellungswelt derjenigen auseinanderzusetzen, die man entweder als Opfer bemitleidet oder zu Helden der Pandemie verklärt.

